

Sallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 527.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 1906.

Erste Ausgabe

Druck- und Verlagsanstalt des Verlegers Dr. Walter Göttsche in Halle a. S. Druck- und Verlagsanstalt des Verlegers Dr. Walter Göttsche in Halle a. S.

Druck- und Verlagsanstalt des Verlegers Dr. Walter Göttsche in Halle a. S. Druck- und Verlagsanstalt des Verlegers Dr. Walter Göttsche in Halle a. S.

Druck- und Verlagsanstalt des Verlegers Dr. Walter Göttsche in Halle a. S. Druck- und Verlagsanstalt des Verlegers Dr. Walter Göttsche in Halle a. S.

Sonnabend, 10. November 1906.

Druck- und Verlagsanstalt des Verlegers Dr. Walter Göttsche in Halle a. S. Druck- und Verlagsanstalt des Verlegers Dr. Walter Göttsche in Halle a. S.

Zum Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen.

Nächsten Dienstag, nachmittags um 2 Uhr, wird der Reichstag seine am 28. Mai abgebrochenen Verhandlungen wieder aufnehmen. Interessant dürfte sich diese Sitzung kaum gestalten, die Tagesordnung weist nur Petitionsberichte — allerdings über vierzig an der Zahl — auf. Wie vor der Vertagung von dem Präsidenten, Grafen von Helldorf, erklärt worden war, soll die Tätigkeit des Reichstages vor allem darauf gerichtet sein, die Vorarbeiten des letzten Sessionsabschlusses aufzuarbeiten. Diese Vorarbeiten sind, abgesehen von den Unmengen der Resolutionen und Initiativentwürfe, noch immer zahlreich. Sie setzen sich aus folgenden Vorlagen zusammen: Berichterstattung, Urberichterstattung, Hof- und Gerichtsordnung, Hilfsfahrgesetz, Verhängungsnachweis im Vagantenwesen. Sollte dieser Stoff tatsächlich in Angriff genommen werden, bevor an neue Aufgaben herantreten wird, sollte dazu noch die Erledigung der über hundert Initiativentwürfe und Resolutionen kommen, so würde vor Weihnachten nichts weiter vorgenommen werden können.

Es werden aber wohl in die Absicht des Reichstages, sich in erster Linie mit „den kleinen“ zu beschäftigen, Zweifel zu setzen sein. Der Senatorenkomitee, der nächsten Dienstag einen Arbeitsplan aufstellen wird, dürfte doch Wert darauf legen, auch neue Gegenstände zur Verhandlung zu bringen. Unbemerkt ist zu erwarten, daß das Haus trotz der „Entschuldigungsgebühren“, die den fleißigen Abgeordneten winken, leer bleiben wird. Außerdem haben verschiedene Parteien besondere Schmäher, die sie so wohl möglich los werden möchten. Die Sozialdemokraten wollen ja auch mit ihrer Reichstags-Interpellation den Anfang machen. Ob sie dem Befehle des Brüsseler internationalen Exekutivkomitees Folge leisten und auch die beorderte Russen-Interpellation einbringen werden, wird sich bald zeigen müssen. Jedenfalls aber wird es gleich am Anfang der Tagung an Interpellationen nicht fehlen.

Dem Zentrum liegt eine befehlsmäßige Kolonialdebatte am Herzen. Ob der Abgeordnete Erzberger dabei wieder die maßgebende Persönlichkeit spielen und die ganze Parteiführerschaft in den Schatten stellen wird? Darauf kann man einigermaßen gespannt sein. Was die Nationalliberalen anlangt, so beschäftigen sie befremdlich, an der Regierung eine scharfe Kritik zu üben.

Um die nötigen Grundlagen für diese Aktionen zu haben, wird die erste Lesung des Reichshaushaltsatzes möglichst bald abgehalten werden müssen. Diesmal ausnahmsweise wird dessen Vorlage nicht sofort nach dem Wiederbeginn der Tagung erfolgen; aber lange wird sie nicht auf sich warten lassen. Ueber die Einbringung anderer Gesetzesentwürfe ist bereits mancherlei mitgeteilt worden; doch wird man solchen Nachrichten gegenüber vorsichtig sein müssen. Im vorigen Jahre hat die Regierung den allseitigen Wunsch, das ganze Arbeitsmaterial bald nach Inkrafttreten des Parlamentes übersehen zu können, um danach den Arbeitsplan für die Tagung festzustellen, mit großem Entgegenkommen erfüllt und fast alle Vorlagen rechtzeitig eingebracht. Das war aber dem Reichstage wieder nicht recht. Es wurde über den „nahen Vortag von Arbeitsstoff“ geklagt, der das Studium der einzelnen Gegenstände erschwerer. Auf die Gestaltung des Arbeitsplans und — auf die Arbeitslast der Abgeordneten hat dies Entgegenkommen der Regierung also keinerlei Einfluß gehabt. Es bleibt eben beim alten. Ob ein „Vortag“ sich über den Reichstag ergeht oder ob die Vorlagen, wie früher bemängelt wurde, tropfenweise herbeibringen, fertig mit dem Stoff wird der Reichstag nicht.

Man wird also annehmen können, daß die Regierung diesmal wieder zu ihrem alten System der allmählichen Vorlage ihrer Entwürfe zurückkehren werde; doch wird man immerhin erwarten müssen, daß gegen das Ende der Session nur höchst dringende Vorlagen gemacht werden. Bis jetzt werden von neuen Vorlagen, die dem Reichstage teils vor, teils nach Weihnachten zugehen sollen, folgende genannt: Deutsch-spanischer Handelsvertrag, Entwurf über die Reichsfähigkeit der Berufsvereine, Novelle zum Kranken-

versicherungs-gesetz (Erweiterung der Krankenversicherungs-pflicht), Entwurf über die reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens, Regelung der gemeinlichen Seite des Apothekenwesens, Entwurf über Aenderung der Weich-taunksteuer, Gewerbeordnungs-novelle, Novelle über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs, Viehschutzgesetz, Entwurf über die Regelung des Wechselfußes, Novelle zum Zivilpensionsgesetz (Regelung der Pensionsverhältnisse für verabschiedete Reichsbeamte), Unfallfürsorgegesetz für Polizeibeamte.

Das ist, wie man zugeben wird, ein recht reichliches Arbeitspensum, das zusammen mit den vorliegenden Resten und den niemals fehlenden neuen „Anregungen“ aus dem Hause kaum Aussicht hat, vollständig erledigt zu werden, da ja die Etatsberatungen ungefähr zwei Drittel der Tagung allein in Anspruch zu nehmen pflegen. Gelänge es nach dem Vorklage des Reichstagspräsidenten, eine Kontingentierung des Beratungstoffes, ähnlich wie im preussischen Abgeordnetenhaus herbeizuführen, dann würde es allerdings nicht schwer sein, endlich einmal einen Sessionsabschluß zu erzielen, der keine oder wenigstens keine wesentlichen Restbestände hinterläßt. Aber man wird daran zweifeln dürfen, ob sich die Reichstagsfraktion zu der Erkenntnis der Notwendigkeit eines solchen Vorgehens aufschwingen werde.

Von manchen Seiten wird ja allerdings große Hoffnung auf die Wirkung der Entschuldigungsgebühren gesetzt. Wir würden uns freuen, wenn sich diese Hoffnung verwirklichen würde. Aber vor der Hand sind wir in dieser Hinsicht sehr skeptisch. Auch wenn der nationalliberale Plan durchgehen sollte, nur an vier Tagen in der Woche Sitzungen abzuhalten und so den Abgeordneten Gelegenheit zum permanenten Hin- und Herfahren zwischen Heimatort und Reichshauptstadt zu geben, würde kaum ein recht wohlgefülltes oder auch nur beschlußfähiges Haus zusammen kommen. Doch warten wir ab, wie sich die Sache entwickeln und was der Reichstag in seiner neuen Tagung uns besparen wird!

Deutsches Reich.

Halle a. S., den 9. November.

Die Krisenpolitik.

Die kaiserliche Jagdfahrt zum Fürsten Eulenburg gibt den konjunkturalpolitischen von neuem Anlaß, allerlei Vermutungen über die angeblich bestehende Krisis auszubringen zu geben, zumal der Fürst ja auch mit dem Czars Capripis, der unmittelbar nach einem Aufenthalt des Kaisers in Liebenberg erfolgte, in Zusammenhang gebracht wird. Wir verzichten darauf, diesen müßigen Gerüchten nachzugehen, zumal ja die allernächsten Tage Klarheit bringen müssen. Von Interesse ist allein eine Auslassung der „Wolff. Ztg.“, die auf das „G. l. d. d. Eulenburg“ verweist:

„Schloß und Jagdgründe von Liebenberg haben eine gewisse geschichtliche und politische Wichtigkeit erlangt. Wiederholt bestand sich Wilhelm II. gerade in kritischen Tagen als Gast bei dem kaiserlichen Hofe, dem er seit langer Zeit seine Gunst widmet und bewahrt hat. Als Dichter und Komponist, als Hoftheaterbesitzer und Anhänger Gobineaus hat Graf Philipp Eulenburg das lebhafteste Interesse des Kaisers, der ihm den Fürstentitel verlieh, erregt. Man schreibt dem Schloßherrn von Liebenberg auch politische Einfluß zu, obwohl er wegen Abneigung der Kaiserin gegen ihn aufgegeben hat, nachdem ihn sein Weib genötigt hatte, einen erheblichen Teil des Jahres fern von seinem Amtssitze zuzubringen. In neuerer Zeit scheint sich der Geisteszustand des Fürsten Eulenburg gebessert zu haben, und da das „G. l. d. d. Eulenburg“ freisinnig ist, kann es nicht fehlen, daß derselben auch sein Name mit der gegenwärtigen Krisis in Zusammenhang gebracht wird.“

Die demokratische „Frankf. Ztg.“ fühlt sich gedrungen, vor dem Liebenberger zu warnen. Gute Patrioten, so sagt das Blatt, beklagten, ob mit Recht, sei schwer zu entscheiden, die Intimität des Kaisers mit diesem Manne aufs tiefste. Eulenburg sei zur romantischen Figur geworden, die seit 15 Jahren immer wieder genannt werde. — Was weiß denn die „Frankf. Ztg.“ überhaupt von „guten Patrioten“!

Das freisinnige „Berl. Tageblatt“ fabriziert in seinem getriggen Leitartikel einen förmlichen Klattentön von Krisengerüchten. Danach soll Fürst Bülow in spätestens zwei Monaten seinen Abschied nehmen, der Generalstabchef Generalleutnant v. Moltke soll sein Nachfolger werden, Kultusminister von Studt soll durch den Minister des Innern von Bethmann-Sollweg ersetzt werden, Graf von Posadowski soll auch bald aus seinem Amte scheiden, auf der 4. Seite des Blattes wird dann Herr von Bethmann-Sollweg zum Bizelektoren, und Ministerpräsidenten genannt.

Auf diese törichtsten Behauptungen braucht man natürlich gar nicht näher einzugehen. Sie tragen den Stempel der Un glaubwürdigkeit an der Stirn. Uebrigens sind sie von der „Nordd. Allg. Ztg.“ bereits, wie wir in Nr. 526 der „Holl. Ztg.“ gemeldet haben, ausdrücklich als jeder Begründung entbehrend bezeichnet worden. Aber was verdrängt das den süßen Krisenpolitikern der Freisinnblätter! Es ist ja eine der neuesten deutschen Zeitgeschichten eigenwillige Erscheinung, daß in den Senations- und Freisinnblättern mindestens zweimal jährlich, im Frühjahr und im Herbst, Krisengerüchte auftreten. Dabei kann man klar erkennen, daß dem Krisengerüchte hauptsächlich zwei Absichten zugrunde liegen: die Absicht, sensationell zu wirken und den gesuchten Reiz das „Allerneueste“ reklamieren aufzuweisen, und die Absicht, Ministerfänger zu treiben, d. h. zu intrigieren. Nur wenige der jetzt antretenden Minister und Staatssekretäre sind von den Krisengerüchten verschont geblieben. In einem durch die freisinnige Presse gegebenen Artikel heißt es geradezu:

„Der Minister der leitenden Staatsämter ist Herr von Luchow längst überflüssig. Nur sehr wenige Minister und Staatssekretäre haben die Gewissheit, daß sie bei Beginn des neuen Jahres noch auf ihrem Ministerposten sitzen und daß sie, falls sie Luchow nicht Holt, noch die gegenwärtigen Minister bewahren werden. Unter diesen weiteren Verhältnissen muß natürlich die Vorbereitung des parlamentarischen Materials leiden.“

Das sind so vage Behauptungen, daß sie jeder Senationsjäger ins Blaue hinein riskieren kann. Verdächtig aber haben sich die allgemeinen Krisengerüchte gegen zwei Staatsmänner, den Reichskanzler Fürsten von Bülow und den Minister von Bobbelski. Der fromme Wunsch, der die Gerüchte diffundiert hat, geht dahin, diese beiden Staatsmänner gemeinsam oder, wenn es nicht anders möglich ist, wenigstens einen von ihnen zu beseitigen. Der Friede, der dabei angewendet wird, hat schon ein ehrwürdiges Alter. Man sucht Herrn von Bobbelski gegen den Fürsten von Bülow auszuspielen — und umgekehrt. In gleicher Weise ist schon verschiedentlich operiert worden. Diesmal aber liegt der Widerstreit solcher Machenschaften klar am Tage. Ein Gegenstand, wie er zwischen dem Reichskanzler und dem Landwirtschaftsminister kontrahiert wird, besteht nicht; der „Groll“ gegen den Fürsten Bülow, von dem angeblich Herr von Bobbelski befreit sein soll, ist eine liberale Finte. Wenn hier und da von einem „Duell“ zwischen diesen beiden Staatsmännern gesprochen wird, so ist das traurige Unfium. Es scheint aber, daß gewisse Zeitungen glauben, ihren Lesern nicht genug unheimliches Zeug vorsetzen zu können. Daß damit die ohnehin vorhandene politische Unsicherheit im Volk vermehrt und die feste Verwurmlung weiter Kreise zu einer weiteren Kalamität gemacht wird, kümmert ja die Krisenpolitik nicht.

Wir glauben ja nun auch, daß Herr v. Bobbelski, der so überaus verdienstvolle Landwirtschaftsminister, demnächst sein Posten verlassen wird. Ja, ein Berliner Nachschalt will sogar wissen, daß er am gestrigen Sonntag sein Abschiedsgesuch dringend erneuert habe und daß dasselbe nunmehr auch angenommen worden sei. Die Ursache für seinen Rücktritt liegt aber einzig und allein in der schweren und hartnäckigen Krankheit, die ihn heimlich. Er geniesst nach wie vor die höchste Gnade und das vollste Vertrauen seines kaiserlichen Herrn, seine wirtschaftspolitischen Ueberzeugungen und Maßnahmen denen sich noch jetzt vollständig mit denen des Reichskanzlers, und die Angriffe der Freihandelspresse und der Sozialdemokratie in der Tuppelaffäre sind längst als ebeno grundlos wie schmutzige Verdächtigungen erkannt und gebremst worden. Wenn Herr v. Bobbelski geht, so geht er als ein vollkommen Mann, den die national geminten Kreise unseres Volkes stets in hohen Ehren halten werden. Seine Verdienste um die deutsche Landwirtschaft und damit um des gesamten Vaterlandes Wohl sind ganz hervorragende und werden niemals bergehen werden.

Herr v. Bobbelski.

Wie sich die Dinge in der letzten Zeit entwickelt haben, das führt der Berliner „R.M.“ in einer sichtlich von den Beteiligten inspirierten und geschmeigten Darlegung folgendermaßen aus:

Der Landwirtschaftsminister von Bobbelski hat sich, wie wir gemeldet haben, auf sein Gut Dalmin begeben, um dort seine Gesundheit und die formelle Erledigung seines Rücktritts abzuwarten. Die Entzahnung des Ministers ist nicht jünger Datum. Herr von Bobbelski hat im Sommer bereits eine anstrengende Nothaus- und Wassergang in Remdorf durchgemacht, die auch vorübergehend von Erfolg gekrönt war; der Minister konnte wieder sein Amt versehen, auch Tag geben und seine Subsidienverpflichtung übernehmen. In dem G. l. d. d. Eulenburg hat sich seit einiger Zeit eine f. w. e. G. a. l. e. n. e. r. e. n. e. r. a. n. g. e. g. e. l. t. so daß der Minister unter großen Schmerzen zu leiden hatte und gebungen war, jumeit das Bett zu hüten. Auch als Herr von Bobbelski in Dalmin die telegraphische Einladung des Kaisers nach Wismar erhielt, lag er krank darnieder und konnte sich nur unter Aufbietung aller Energie in das kaiserliche Jagdgebiet be-

Land...
Wohn...
Städt...
Verf...
Wohn...
Städt...
Verf...
Wohn...
Städt...
Verf...

Einigen...
Wohn...
Städt...
Verf...
Wohn...
Städt...
Verf...

Preis: 148-165...
Wohn...
Städt...
Verf...
Wohn...
Städt...
Verf...

Lebe...
Wohn...
Städt...
Verf...
Wohn...
Städt...
Verf...

Wichtig...
Wohn...
Städt...
Verf...
Wohn...
Städt...
Verf...

Chicago...
Wohn...
Städt...
Verf...
Wohn...
Städt...
Verf...

Paris...
Wohn...
Städt...
Verf...
Wohn...
Städt...
Verf...

Wohn...
Städt...
Verf...
Wohn...
Städt...
Verf...

Kursnotierungen der Berliner Börse vom 9. November, 2 Uhr nachmittags.

Table with multiple columns: Eisenbahn-Aktien, Wechsel-Kurse, Deutsche Anleihen, Schiffahrts-Aktien, Bank-Aktien, Pfandbriefe, Ausländische Staatspapiere, Brauerei-Aktion, Industrie-Papiere, Aktien.

Kursnotierungen der Leipziger Börse vom 9. Novbr., 1 Uhr.

Table with multiple columns: Dividende 1904/1905, Leipziger Hypothekendarlehen, Leipziger Bauvereine, Leipziger Sparkassen, Leipziger Kreditanstalten, Leipziger Handelsgesellschaften, Leipziger Industrie- und Gewerbe-Aktien, Leipziger Bank-Aktien, Leipziger Pfandbriefe, Leipziger Anleihen, Leipziger Aktien.

Bankhaus Paul Schausell & Co., Halle a. S., Bitterfeld, Delitzsch, Eilenburg.

Bankhaus Paul Schausell & Co., Halle a. S., Bitterfeld, Delitzsch, Eilenburg.
An- und Verkauf von Wertpapieren, Einlösung von Coupons, Verzinsung von Geldanlagen, Conto-Corrent- u. Wechsel-Verkehr etc.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X190611101-11/fragment/page=0007

